

## GewerkschafterInnen für die Gruppe Lampedusa in Hamburg

Die dramatische Situation der Menschen, die in den letzten Wochen versucht haben, über die Mittelmeer-Insel Lampedusa Europa zu erreichen, lässt uns nicht los. Einige wenige, die ein ähnliches Schicksal durchgemacht haben und überlebten, sind seit einiger Zeit in Hamburg. Sie nennen sich „Gruppe Lampedusa“ – eine zusammengewürfelte kleine Schar Menschen aus unterschiedlichen Ländern Afrikas, die in Libyen arbeiteten und vor dem dortigen Krieg geflohen sind. Italien gab ihnen einen anerkannten Flüchtlingsstatus. Mit einem sogenannten „Schengen-Visum“ kamen sie nach Hamburg, da Italien ihnen nur Armut aber keinerlei Perspektiven bieten konnte und wollte. Überraschen tut das nicht: In einer Vielzahl von bundesdeutschen Verwaltungsgerichtsurteilen wurden die Lebensbedingungen für Flüchtlinge nicht nur in Griechenland, sondern auch in Italien als unzumutbar und als Abschiebehindernis eingeschätzt.

Einige der Flüchtlinge sind seit einigen Wochen in der St. Pauli Kirche unter gekommen – mit der Hilfe von vielen Hamburgerinnen und Hamburgern. Nun aber steht der Winter bevor und sie brauchen auch unsere Anteilnahme und Unterstützung. Wir wissen, dass das deutsche und europäische Ausländer- und Flüchtlingsrecht ein Labyrinth der Bürokratie und der Rücksichtslosigkeit ist. Aber wir haben auch registriert, dass sogar der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung eine humanitäre Lösung für die Hamburger Gruppe – das pragmatische Wollen der staatlichen Instanzen vorausgesetzt – für möglich hält. Für uns aber ist die konkrete rechtliche Form nicht die allein entscheidende Frage. Es geht um ein Zeichen von Humanität und von Weltoffenheit.

Deshalb erwarten und fordern wir vom Hamburger Senat:

1. Die in Hamburg gestrandeten Lampedusaflüchtlinge sollen aus humanitären Gründen in unserer Stadt bleiben dürfen.
2. Die Hamburger Behörden sollen sich der Initiative der Kirchengemeinden für ein Winterquartier der Flüchtlinge nicht weiter in den Weg stellen.
3. Verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen von Menschen mit schwarzer Hautfarbe darf es nicht geben, diese müssen sofort aufhören.

Einsicht und die Beteiligung an einem Kompromiss für eine humanitäre Lösung würde dem Senat kein ernst zu nehmender Mensch als Schwäche auslegen. Ein Zugehen auf die Flüchtlinge und die Kirchengemeinde St. Pauli wäre viel mehr ein Zeichen von politischer Stärke und von einer Politik mit Augenmaß.

Wir rufen auf zur Teilnahme an der Demonstration am Samstag, den 02.11.2013 um 14.00 Uhr Hamburg, Hauptbahnhof/Hachmannplatz.

### Erstunterzeichner:

Andreas Bachmann, ver.di FB1\*, Betriebsratsvorsitzender\*; Frank Jakobi, ver.di FB 13\*, Konzernbetriebsratsvorsitzender\*; Frank Teichmüller, IG Metall \* \* Funktions- und Organisationsangaben dienen nur der Information

**Wir freuen uns über Jede und Jeden, die oder der den Aufruf mit unterzeichnet – bitte mit den folgenden Angaben: Name, Vorname, Funktion\*, Gewerkschaft\***

Aufgrund der Kürze der Zeit bitten wir um einen Rücklauf per E-Mail bis zum 29.10.2013 an

**Andreas Bachmann: [bachmann.hamburg@t-online.de](mailto:bachmann.hamburg@t-online.de)**

Spenden für die Flüchtlinge überweist bitte auf das Sonderkonto von

**Frank Teichmüller, Santanderbank, Kto-Nr.. 229 78 28 600, BLZ 500 333 00.**